

West-Preussische Zeitung.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Postanstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition der Westpreussischen Zeitung, 1. Damm Nr. 2. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr. Monats-Abonnement 12 1/2 Sgr.



Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Metemehers Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2, in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein und Vogler, in Leipzig: Eugen Fort, in Danzig: die Expedition der Westpreuss. Zeitung, 1. Damm Nr. 2. Einzelne Nummern 1 Sgr.

Bestellungen auf das 4. Quartal der „Westpreussischen Zeitung“

wolle man auswärts bei der nächsten Post-Anstalt, in Danzig in der Expedition 1. Damm No. 2 möglichst bald machen.

Telegraphische Depeschen der Westpreuss. Zeitung.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Herzog Adolf und Prinz Nikolaus von Nassau sind heute hier eingetroffen. Herzog Adolf wird jetzt nur zwei Tage hier verweilen, aber binnen 14 Tagen mit seiner Familie zurückkehren, um hier seinen Winteraufenthalt zu nehmen. Der König von Griechenland, der Prinz von Wales mit seiner Gemahlin, die Großfürstinnen Konstantin und Olga, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, sowie Prinz und Prinzessin Oskar von Schweden waren heute zum Besuch der Stadt hier eingetroffen. Sämmtliche fürstliche Herrschaften dinirten um 6 Uhr gemeinschaftlich im Hotel de Russie.

Der russische Thronfolger wird von Darmstadt heute Abend hier erwartet.

Darmstadt, 26. Sept. Der russische Großfürst-Thronfolger ist von Mainz kommend im strengsten Inognito hier eingetroffen und vom Großherzog am Bahnhofe empfangen worden.

Neustadt an der Haardt, 26. Sep. Die Herren Blumshilf und Erter sind zu Präsidenten des hier versammelten Protestantentages ernannt.

München, 26. Sept. Der Graf und die Gräfin Trani beabsichtigen, ihren bleibenden Aufenthalt hier zu nehmen.

Der hiesige Volksverein bezeichnet in einer Veröffentlichung als nächstes Ziel der politischen Thätigkeit des Vereins die Einigung der norddeutschen Bundes, sowie die Entwicklung der deutschen Verfassung auf den freisinnigsten Grundlagen.

Wien, 26. Sept. Aus Cormons wird vom heutigen Tage amtlich berichtet, daß in Udine große Zusammenrottungen von Bewaffneten unter revolutionären Rufen stattgefunden haben. Aus Udine flüchteten viele Bewohner auf österreichisches Gebiet.

Wien, 26. Sept. Die „Debatte“ schreibt: Die Verhandlungen der Ausgleichungs-Deputationen haben gestern Abend ihren Abschluß gefunden. Das bezügliche Protokoll ist von den Ministern unterzeichnet worden. Letztere haben gleichzeitig den Deputationen die Grundrisse eines österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsvertrages vorgelegt.

Florenz, 25. Sept. Die gestern Abend entstandenen Unruhestörungen sind vollständig unterdrückt. Garibaldi wird in Alessandria detinirt. Die Deputirten der Linken protestiren gegen seine Verhaftung. Das Land ist ruhig. Das Ministerium ist entschlossen, Behufs Aufrechterhaltung der Ordnung energisch vorzugehen und die Verträge zu respectiren.

Florenz, 25. Sept. Durch eine Bekanntmachung des Bürgermeisters wird die Nationalgarde zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgerufen. Einige Wachtposten sind der Vorhut halber verstärkt. Die Stadt ist gegenwärtig ruhig. Die Zahl der in letzter Nacht verhafteten Personen beläuft sich auf 70. Aus verschiedenen Punkten des Königreichs eingelaufene Depeschen melden, daß die Nachricht von der Festnahme Garibaldi's keine Unordnungen hervorgerufen hat, und auf der ganzen Halbinsel Ruhe herrscht.

„Opinione“ schreibt: Sollte Garibaldi sich weigern, auf die Expedition gegen Rom zu verzichten, so wird das Ministerium, wie man glaubt, das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Florenz, 26. Sept. Eine Demonstration zu Gunsten Garibaldi's, welche heute hier stattfand, wurde von der Nationalgarde ohne Mühe unterdrückt. — Nach hier eingetroffenen Berichten aus Genua hatte sich daselbst gestern Abend eine Deputation zu dem Präfecten begeben, welche ein die Befreiung Garibaldi's betreffendes Gesuch vorbrachte. Durch die Erklärung des Präfecten, er werde das Gesuch dem Ministerium unterbreiten, wurden alle weiteren Demonstrationen beseitigt.

Aus Mailand wird von wiederholt vorgekommenen Volksaufläufen berichtet; bei einer derselben wurde der bewaffnete Macht, welche einschreiten mußte, Widerstand geleistet. — In Siena, Verona, Pistoja, Neapel ist es zu kleinen Aufläufen gekommen, welche jedoch ohne Einschreiten der bewaffneten Macht zerstreut wurden. — Unglücksfälle sind bei allen diesen Demonstrationen nicht zu beklagen gewesen.

Es bestätigt sich, daß die Verhaftung Garibaldi's, abgesehen von einigen Straßen-Demonstrationen in Florenz, welche bald unterdrückt worden sind, im ganzen Lande ruhig, größtentheils beifällig aufgenommen worden ist. Die Führer der Linken wollen zwar Protest dagegen erheben, allein es ist nicht abzusehen, aus welchem Grunde. Die Unmöglichkeit Garibaldi's als Volksvertreter konnte ihn nicht gegen eine

Ergreifung in flagranti schütten, und die Regierung scheint, indem sie erst bei seinem Uebertritt über die römische Grenze zu seiner Verhaftung schritt, diesen Fall ausdrücklich vorbedacht zu haben. Die Actionspartei wird sich also mit dem magern Troste behelfen müssen, daß aufgehoben nicht aufgehoben sei. Ihr Organ, der „Pungolo“, hat ihr diesen Trost schon vor einigen Tagen zurechtgemacht, indem er den Ministerpräsidenten, Hrn. Rattazzi, in einer Unterredung mit dem Führer der Linken, Hrn. Crispi, sich dahin äußern ließ, daß er die Nothwendigkeit der Vereinigung Roms mit Italien ebenso gut anerkenne, als dieser, daß er nur Garibaldi's ungestümes Drängen nach einer sofortigen Erledigung der Frage mißbillige, da dieselbe von der Regierung in einer viel feineren, wenn auch minder stürmischen Weise werde gelöst werden. Die Regierung werde nämlich „auf göttlichem Wege sich zunächst in den Besitz von Viterbo und Civita Vecchia setzen, und dann auch nach Rom gehen, doch nicht, um aus Rom Italiens Hauptstadt zu machen; in Rom nämlich solle eine Art Kirchenregiment sui generis bleiben, an dessen Spitze der Papst als einziger und alleiniger Monarch stände.“

Es liegt auf der Hand, daß dies leere Erfindungen sind, an welche der „Pungolo“ selbst nicht glaubt, welche er aber für den Nothfall, der jetzt vorliegt, seinen Parteigenossen meint vorsetzen zu dürfen. Die französische Regierung hat zwar die berechtigten Empfindlichkeiten Italiens, welche sich nentlich bei der Angelegenheit der Antibeslegion kund gaben, gar nicht anerkannt und thatsächlich berücksichtigt, sie wird aber um so strenger auch ihrerseits auf eine stricte Beobachtung der September-Convention halten. Ein Zeugniß dafür giebt, abgesehen von den directen und unzweideutigen Erklärungen der französischen Regierung selbst, die Zuversicht, welche die clericalen Kreise in Paris allen neueren Aspirationen auf Rom gegenüber fortwährend haben. So bemerkt noch heute das Organ derselben, der „Monde“, in seiner gewöhnlichen pathetischen Weise:

„Alle Wege führen nach Rom, das ist richtig, allein sie führen nicht Jedermann dahin, und Keiner wird den König Victor Emanuel dahin führen. 500 Bischöfe sind vor Kurzem nach Rom gekommen aus allen Theilen der Welt, um für die Unzerstörbarkeit des päpstlichen Stuhles zu zeugen, und sie werden sich nächstes Jahr wieder zur Berathung über die allgemeinen Interessen der Kirche um Pius IX. versammeln. Garibaldi mag immerhin Reden halten, das italienische Parlament abstimmen, Hr. Rattazzi Circulaire veröffentlichen; das Concil wird doch stattfinden und Victor Emanuel nicht nach Rom gehen, es sei denn, daß durch Gottes Barmherzigkeit er im Bisbergewand dahinpilgere.“

Die der französischen Regierung nahe stehenden Organe drücken ihre besondere Genugthuung über die von Herrn Rattazzi gegen Garibaldi bewiesene Energie aus. Der „Constitutionnel“ ertheilt ihm dafür nachstehendes etwas angejäuerte Lob:

„Die italienische Regierung gab durch diesen Act nicht nur einen Beweis ihrer Loyalität, sondern auch ihrer Kraft. Sie zeigte, daß sie die revolutionären Leidenschaften nicht theilt und nicht fürchtet, welche sie beherrschen und bewältigen kann. Die Freunde der Sache der Ordnung und der Civilisation müssen darüber eine tiefe Befriedigung empfinden. Jedermann wird der Wachsamkeit und der Energie des italienischen Cabinets seinen Beifall bezeugen und darin ein neues Pfand für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe erblicken.“

In Rom selbst hat man sich durch die Garibaldi'schen Drohungen keinen Augenblick in den Vorbereitungen für das päpstliche Concil stören lassen, welches gegenwärtig die ganze Aufmerksamkeit des heiligen Vaters in Anspruch nimmt. Eine aus Cardinalen und Prälaten zusammengesetzte Commission, bei der Msgr. Parebianco den Vorsitz führt, hat das Programm der Verhandlungen auszuarbeiten. Die Hauptgegenstände, welche dem Concil unterbreitet werden sollen, sind bekanntlich in siebenzehn Säzen zusammengefaßt, deren Text den kürzlich, gelegentlich der Jubelfeier in Rom anwesenden Bischöfen mit der Aufforderung zugegangen ist, ihre vorläufige persönliche Ansicht darüber, und zwar in möglichst kurzer Frist anzusprechen. Der Termin der Einberufung des Concils bleibt indeß fortdauernd unbestimmt.

Während der pariser „Siede“ und die Wiener „Debatte“ von einer Wiederherstellung Polens träumen und in Ermangelung eines ergiebigeren Stoffes ihr Publikum in schwingreichen Artikeln darüber unterhalten, geht in Wirklichkeit die Fortsetzung des ehemaligen Königreichs Polen ihren unaufhaltbaren Gang. Der „A. N. Z.“ geht aus gut unterrichteter Quelle aus Petersburg die Bestätigung der neulich schon gerüchtweise verlautenden Nachricht zu, daß die Umwandlung Polens in zwei Gouvernements als eine unzweifelhafte Maßnahme angesehen werden dürfe, daß zwar

über das Verschwinden des Namens „Polen“ amtlich noch nichts verlägliches bekannt sei, daß man darin aber allgemein nur eine Consequenz jener Maßregel erblicke. Die Statthaltertschaft des Grafen Berg, der für eine andere hohe Stellung designirt sein soll, wird gleichzeitig aufhören.

Jene Maßregel würde dem factischen gegenwärtigen Zustande nicht mehr widersprechen und vollkommen mit den Wünschen und Tendenzen der großrussischen Volkspartei übereinstimmen. Die Polen haben durch ihr letztes politisches Verhalten das augenblickliche Vorherrschende dieser Tendenzen selbst verschuldet und können sich auf alle Fälle weniger darüber beklagen, als die anderen, gleichzeitig unter dieser nivellirenden Richtung leidenden nicht-russischen Stämme des Reichs.

In- und Ausland.

Preußen. Berlin, 25. Sept. [Original-Correspondenz.] Die Besorgnisse des oppositionellen Pessimismus haben sich wieder einmal als unbegründet erwiesen. Er sah in der Adresse die Quelle nicht abzusehender Unzulänglichkeiten für den Reichstag. Er stellte sich derselben entgegen und belud diejenigen, die ihren Fleiß und ihren besten Willen daran setzten, dem, was die Nation in einem wichtigen Wendepunkte ihres thatkräftigen Auftretens nach Außen hin befehlte, den geeigneten Ausdruck zu geben mit dem Vorwurfe einer müßigen Verschleppung der parlamentarischen Aufgabe des Reichstages. Statt dessen ist nun die Adress-Debatte in einer Sitzung zu einem Ergebnis geführt worden, welches ein für die wesentliche Aufgabe des Reichstages, die nicht in der parlamentarischen Apostrophirung der Reichstagsvorlagen, sondern in einer Arbeit von realem Bestande zu suchen ist, in jeder Hinsicht förderliches und Frucht bringendes genannt zu werden verdient. Die Adresse hat dem inneren Ausbau des Verfassungswerkes, den die Thronrede als die Aufgabe des Reichstages bezeichnet, ein Moment hinzugefügt, welches in keinem andern Wege zu erreichen war. Die Thronrede konnte nach der Lage der Dinge die flagrante Frage des Verfassungswerkes — die Beziehungen zu den süddeutschen Staaten — nur in sehr refervirter Weise behandeln. Den Rundgebungen des Reichstages ist nach der Seite hin ein bei Weitem freierer Spielraum gegönnt, der wenn er in dem vorliegenden Falle unbenutzt geblieben wäre, die politische Reife des deutschen Volkes in ein zweifelhaftes Licht zu stellen geeignet war. Es handelte sich hier also um ein wesentliches nationales Interesse, welches lediglich in die Hand des Reichstages gelegt war. Jede Mitwirkung der Regierung war ausgeschlossen, da sie nach der einen Seite die Rücksichten verletzte hätte, welche ihr die auswärtigen Beziehungen auferlegten, während sie nach der anderen Seite die Rundgebungen des Reichstages um das Ansehen hätte bringen müssen, welches an die Voraussetzung geknüpft war, daß sie aus einer freien Entscheidung hervorgegangen. Umso mehr Ursache war gegeben, die Regierung mit Genugthuung zu erfüllen, als ihr in der Adresse des Reichstages ohne ihr Zutun die Ergänzung dessen zugetragen wurde, was die Thronrede rücksichtlich der von ihr zu beobachtenden Grenzen nur andeuten konnte. Diese Genugthuung hat in den Worten, mit welchen der Bundeskanzler in die Adressdebatte eingetreten, einen klaren Ausdruck gefunden. — Die Vertrauensmänner-Conferenz für Nassau ist gestern zum Abschluß gekommen und man darf nunmehr der Regelung der ständischen Verhältnisse des Landestheils noch vor Ablauf dieses Monats im Wege der Königl. Verordnung entgegensehen.

[Der erweiterte Quartierstand der preuss. Armee] wird durch die neuangeordneten Dislocationsveränderungen vom 1. Oct. c. ab auf zusammen 277 Garnisonen ausgedehnt werden. Als Garnisonstädte erster Klasse sind zukünftig zu bezeichnen: Berlin mit einer Besatzung von 14,290 Mann, Mainz mit 7573, Köln incl. Deutz mit 6937, Magdeburg mit 6299, Posen mit 5980, Hannover mit 5956, Danzig mit 5861, Königsberg i. Pr. mit 5530, Potsdam mit 5313 und Koblenz mit 5266 Mann. Diesen Orten folgen Breslau mit 4607, Stettin mit 4479 Mann etc. In obigen Zahlen sind sowohl die Generalität, als auch die Offiziercorps und alle Abcommandirten, sowie die aus einer besonderen Formation hervorgegangenen Armeebestandtheile, als: die Militärreitschule, die verschiedenen Militärschießschulen, die Feuerwerksabtheilung, Landwehrstämme etc. nicht mit eingegriffen.

[Die Frage wegen Aufhebung der Schulhaft], schreibt die „Post“, wird bald wieder in den Vordergrund treten. Als die wichtige Angelegenheit im Hause der Abgeordneten jüngst zur Sprache kam, erklärte der Comissar des Justizministers, daß der Aufhebung des Personalarrestes vorerst nicht näher getreten werden könne, weil die

meisten Staaten jenes Zwangsmittel noch beibehalten. Seitdem ist aber Frankreich mit der Aufhebung vorgegangen, Belgien nahe daran, es zu thun, und selbst Rußland auf dem Wege der Abschaffung. Preußen und der Norddeutsche Bund werden vor Erlaß der Prozeßordnung für bürgerliche Rechtsfreitigkeiten mit der Aufhebung wahrscheinlich vorgehen.

Amerika. Anglo-Americ.-Corr. [Mexikanische Nachrichten.] Veracruz, 1. September und Mexiko 28. August. Die Regierung hat die Fortsetzung des Prozesses gegen Santa Anna befohlen. Letzterer bereitet seine Vertheidigung vor. General D'Haran wurde erschossen trotz der Gegenvorstellungen des amerikanischen Gesandten. D'Haran hat Papiere über seine Rechtfertigung hinterlassen. — Porfirio Diaz's Truppen begannen ihren Marsch von Mexiko nach Tehuacan. — General Paven wurde zum Gouverneur von Tamaulipas ernannt. Ortega's Angelegenheit wartet auf Initiative im Congress. — Die Gesellschaft der barmherzigen Schwestern ist aufgehoben und eine andere unter Schutz der Republik an deren Stelle getreten. Goldfelder um Chihuahua ergiebig 18 Doll. per Unze bez.

Asien. Aus Peking wird der (russischen) „St. Petersburg Zeitung“ die Uebersetzung eines Decretes des Kaisers von China mitgetheilt, das zur Abfertigung eines von mehreren hohen Beamten des Reiches unterthänigst vorgelegten Berichtes gedient hat. Jene hohen Beamten hatten nämlich die in Peking neu gegründete Schule, in welcher Unterricht in den europäischen Sprachen gegeben wird, als „die eigentliche Ursache der schrecklichen Dürre“ bezeichnen zu dürfen geglaubt, „mit der die Rache des Himmels die Umgegend von Peking heimgesucht habe.“ Darauf hat nun der Kaiser durch Decret geantwortet, daß die Eingabe der Herren Mandarinen ein „Wortschwall“ sei, „der nichts weiter beweise, als die bodenlose Ignoranz der Unterzeichner“.

lokales und Provinzielles.

Danzig, 27. September.

I. [Zu den Steuerbeschlüssen der Stadtverordneten] gehen uns von geehrter Hand die folgenden Mittheilungen zu:

Es ist erst drei Jahre, kleine drei Jahre her, daß der Magistrat, der damals wie heute mit der Einnahme nicht auskommen zu können behauptete, die Niederlegung einer Finanz-Untersuchungs-Commission veranlaßte, welche nach langer Arbeit mit der Ansicht hervortrat, daß der Stadt nur durch eine allgemeine Miethsteuer zu helfen wäre. In dieser glaubte man damals den Stein der Weisen gefunden zu haben. Man erinnert sich wohl noch einer Broschüre des „volkswirtschaftlichen Vereins für Ost- und Westpreußen“, die in einem classisch edigen Styl den Beweis liefern wollte, daß der Vortheil, den man aus einer Commune zieht, nur nach der Miethen zu berechnen sei, die man zahlt. Im Generalsbau und bei den Stadtverordneten wurden von den eingeborenen National-Öconomen darüber Vorträge gehalten und jene Ansicht, so einseitig, querförmig und unrichtig sie ist, gewann Boden. Sehr glücklicherweise war damals der Handwerker-Verein aus der Danziger Burg eine politische Macht und dieser Verein konnte in seinem Gros, das aus kleinen Miethern bestand, der Sache keinen Geschmack abgewinnen, denn das neue Steuerproject wollte die Steuerfreiheit der kleinen Miether beseitigen und die Steuer auf 4 pCt. erhöhen. Der Handwerker-Verein protestirte laut und die vorführenden Stadtverordneten, welche „der Stimme des Volkes“ bei allen Gelegenheiten ihre Reverenzen zu machen pflegten, „zöpten zurück“. Die Steuerfreiheit der kleinen Miethen blieb bestehen und die Steuer wurde auf 2 1/2 pCt. der Miethen normirt. Die wesentlichsten Veränderungen waren nun: 1. eine andere Steuerberechnung, da diese nach dem alten Regulativ maßlos ungerade gewesen; 2. die Herausziehung der gesetzlich dieser Steuer nicht unterliegenden Quartiere der Militair- und geistlichen Personen, deren Steuern man von den Hausbesitzern forderte (übrigens eine offenbare Gesetzesverletzung, die später vom Ministerium beseitigt ist); 3. die Herausziehung der gar keine Miethen zahlenden Hausbesitzer zur Miethsteuer. Wegen dieser letztern Maßregel taufte man die Steuer im letzten Augenblick „Wohnungsteuer“.

Die „Wohnungsteuer“ hat nur zwei Jahre bestanden. Sie, die Alles gut machen, die Alles decken sollte, die rationelle, die einzig richtige Steuer ist in dieser kurzen Frist von denselben Magistratspersonen, von denselben Stadtverordneten, die sie erschaffen und mit göttlichem Behagen angesehen und gesprochen haben: „siehe, es war Alles gut“, — diese Steuer ohne Gleichen ist von ihren eigenen Urhebern verleugnet und über Bord geworfen.

Aber warum? Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß unsere Finanzgelehrten eine bessere volkswirtschaftliche Ueberzeugung gewonnen, daß sie wirklich eingesehen, die Miethen sei ein Vermögens-Verlust, eine Ausgabe, und daß es ebenso unbillig wie unklar ist die Ausgaben statt der Einnahmen mit directen Steuern zu belegen. — Nationalökonomie! Das ist eine überwundene Phrase, welche keinen Hund mehr aus dem Ofen lockt; der letzte „Congress“ in diesem Sommer war von Siebzehn besucht, 17 Männer und Keiner, kein einziger Hörer! Nein, die „bessere Ueberzeugung“ ist in handgreiflicher Weise gewonnen. Jeder kann aus dem „Int.-Bl.“ entnehmen, daß das Wohnungsangebot sehr groß ist, daß also viele Wohnungen leer stehen, und der Magistrat erstet es noch deutlicher aus den Wohnungssteuer-Declarationen der Hausbesitzer, denen er zugleich entnommen haben wird, daß die großen Wohnungen durchweg um 50 pCt. im Preise gefallen sind. Und mit den Wohnungspreisen fällt die Wohnungsteuer und unsere Finanzgrößen kommen zu der Einsicht, daß sie nichts taugt. — Wir schalten hier die Bemerkung ein, daß dieser betrieblende Zustand nicht durchaus in der Geschäftsstockung seinen Grund, sondern — und zum großen Theil — in gewissen Maßregeln der Staatsregierung, von denen wir uns freilich sagen müssen, daß sie von den gegenwärtigen Leitern der Stadt selbst erbeten und urgirt sind: im Bau der großen Kasernen, in der Verkleinerung der Königl. Werft und in der Verlegung des 3. Garde-Regts. z. F., dessen wohlhabendere Offiziere meist große Quartiere inne hatten. Wir glauben, daß es für das „Comité der Hausbesitzer“ eine wesentliche Aufgabe ist, bei der Königl. Staats-Regierung in dieser Hinsicht vorstellig zu werden. Kiel hat von uns die Marine-Werft, Hannover das dritte Garde-Regt. z. F. erhalten. Das gemästete Kalb, das dem verlorenen Sohne geschlachtet wurde, das war doch kein Kalb, dessen Besitz sich der gute Sohn bereits erfreute?

[Bürgerversammlung.] Die gestern Abend im Generalsbau abgehaltene recht zahlreich besuchte Bürgerversammlung wurde durch Herrn Sielaff eröffnet. Derselbe

wurde wiederum zum Vorsitzenden und Herr Bloch zum Schriftführer gewählt. Herr Sielaff greift auf die letzten schwach besuchten Versammlungen zurück, welche ihn muthlos gemacht hätten, aber die gegenwärtigen kommunalen Wirren ließen hoffen, daß die Bürger sich zu Besprechungen bereiter finden lassen würden. Betreffs des auf die Tagesordnung gesetzten Gebäudesteuer-Zuschlages dürfte nunmehr, nachdem bereits der Protest der Hausbesitzer abgehandelt, nichts zu erörtern sein, doch bieten die andern Punkte des Stadtverordnetenbeschlusses vom 10. Sept. c. noch genügenden Stoff zur Besprechung. Herr Holz bemerkt bezüglich des 125 pCt. Zuschlages, daß bereits bei Aufhebung des Wacht-, Müll- und Laternengelbes die Hausbesitzer gegen die Miether benachteiligt seien, da Letztere ebensowohl wie Erstere die Vortheile der Beleuchtung, Sicherheit und des Trottoirs zc. genießen. „Gleiche Brüder, gleiche Kappen!“ Herr Sielaff erjudt die Versammlung, die Frage in's Auge zu fassen, welcher Besteuerungsmodus für die Commune der richtigste und zweckmäßigste sei. Alle Volkswirthe empfehlen die Besteuerung des Einkommens als einzig richtigen Maßstab und als sicherste Handhabe dabei die Budgetirung der Ausgaben, Feststellung eines Extraordinariums, demnächstige Berathung der Defizitmittel und Contingentirung derselben. Herr Rickert erjudt von diesem schwierigen Problem zunächst abzustehen, da es hierzu noch des Materials bedürfe. Keiner widerlegt Herrn Holz betreffs des Wacht- zc. Geldes und bemerkt hierzu, daß durch Verbesserungen der Straßen zc. der Grundbesitz gewinne, indem die Miethen steigen und deshalb sei eine Besteuerung des Grundbesitzes gerechtfertigt — der Staat verfare ebenso bei den Schauffeebauten. — Der Magistrat würde jedenfalls besser daran sein, wenn der Staat die Gebäudesteuer mit 45,000 Thlr. fallen ließe — der Staat hätte eigentlich kein rechtliches Motiv für diese Steuer und sei das Abgeordnetenhaus bereits im Beseitigung derselben angegangen. Keiner werde in einer der nächsten Versammlungen ein vollständiges Bild der städtischen Finanzen liefern. Das Armenwesen habe im vorigen Jahre 85,000 Thlr. und das Schulwesen 78,000 Thlr. gekostet; da ginge schon die ganze Kommunalsteuer darin auf. Die höheren Schulen müßten auf den Standpunkt der Selbsterhaltung gebracht werden. Im Armenwesen sei eine Herabsetzung des Etats nicht möglich, weil die Landesgesetze darin Vorschriften machen. Die Stadtverordneten wirtschaften, soviel er in den sechs Jahren seiner Amtsthätigkeit ersehen, äußerst sparsam. Wenn aber die Bürger anderer Ansicht seien, stehe ihnen nächstens eine Personalveränderung durch die Renovation zu Gebote. Herr Bloch bemerkt, daß sich eine große Mißstimmung über die Kommunalverwaltung seit längerer Zeit unter den Bürgern geltend gemacht und man müsse sich hier doch gründlich vergegenwärtigen, ob die von Herrn Rickert dem Magistrat nachgerühmte Sparsamkeit wirklich gehandhabt worden sei. Beim Rathhausbau habe man nicht viel sparen können, aber das Petroleumlager sei eine ungerechtfertigte Spekulation — die Schulgebäude würden mit zu großem Comfort ausgestattet — die Gebäudeankäufe wären übereilt geschehen, — man könne füglich für 40,000 Thlr., die ein Schulgebäude neu kostet, sechs andere Gebäude haben und weit größere Räumlichkeiten nutzbar machen. Die alten ausgeschiedenen Stadtverordneten Geh. R. Lebens, Klose u. f. w. hätten besser zu wirtschaften verstanden. Statt der Wohnungssteuer möge man lieber eine Eurnsteuer einführen. (Lebhafte Zustimmung.) Herr Holz bemerkt, daß die Stadtverordneten sich doch wenig an die Beschlüsse der Bürger kehren würden. Herr Rickert weist auf die eigene Verantwortlichkeit der Stadtverordneten hin, die laut Gewissen handeln und sich nicht als Drehorgeln brauchen lassen. Er kenne keine luxuriösen Schulen — das Petroleumlager werde durch einen Privatmann errichtet werden und der Kommune gehe der finanzielle Gewinn verloren. Herr Bloch bezeichnet die altstädtische und die katholische Knabenschule als luxuriös gebaute — der Magistrat dürfe mit dem Gelde der Bürger keine kaufmännischen Geschäfte betreiben. Herr Esff nimmt noch in 16 Punkten die Hausbesitzer gegen die 125 pCt. Zuschlag in Schutz und prophezeit, daß diese Steuer schraube ohne Ende, bald auf 200 pCt. Zuschlag anlangen werde und steht im Geiste schon die Hausbesitzer am Bettelstabe. Herr Rickert nennt dies ein grauenhaftes Bild und verspricht im Voraus das Fallenlassen des Stadtverordnetenbeschlusses vom 10. Sept. c. Die Bürgerversammlungen sollen nunmehr fortlaufend am Mittwoch nach jedem 1. des Monats abgehalten werden.

[Gerichtsverhandlungen vom 26. September c.]

1) Der Einwohner Martin Benj. Foth aus Prausters Pfardorf schuldete seinem Wirth 14 Thlr. an Miethen zu einer Zeit, als er contractmäßig ausziehen sollte. Um sich der vom Wirth angebotenen Pfändung zu entziehen, hat Foth geständig in der Nacht zum 2. Mai c. dem Hofbesitzer Stange in Weslaken eine Kuh gestohlen. Der Diebstahl wurde aber bald entdeckt und der Bestohlene erhielt sein Eigenthum wieder zurück. Ferner wird dem Foth der Diebstahl eines Schweines beim Hofbesitzer Suckau in Gr. Plehendorf zur Last gelegt, kann jedoch nicht als erwiesen erachtet werden, weshalb Foth nur für den eingestandenem Diebstahl mit 4 Monat Gef. und 1 Jahr Ehrv. sowie in die Kosten verurtheilt wird.

2) Der Schuhmachersgehilfe William Herbst passirte am 2. Juni Abends 10 Uhr in Begleitung eines Soldaten vom 44. Inf.-Regt. und anderer Civilpersonen, aus Langfuhr zurückkehrend, das Oivaerthor, woselbst ein ehemaliger Compagniekamerad des Genannten auf Posten vor den Gewehren stand und den Grenadier vom 44. J.-R. um die Urlaubskarte befragte. Letzterer zeigte dieselbe zwar vor, wurde aber von der Schildwache angewiesen, die Urlaubskarte dem wachhabenden Unteroffiziere zu präsentiren. Hiergegen protestirte Herbst unberufen Weise und es kam zu einem Wortwechsel bei welchem sich H. unziemlicher Aeußerungen gegen die Schildwache bediente. Herbst wird dieserhalb zu 10 Thlr. Geldbuße event. 5 Tage Gef. verurtheilt.

3) Die Knaben August Miesker und Karl Franz Werner, Beide noch unter 14 Jahren, haben laut Anzeige des Wallmeisters Herrn Nitzling am 6. Juli c. eine der Königl. Fortification gehörige Leiter vom Arbeitsplatz zu stehlen versucht. Miesker, noch unbestraft, wird zu 1 Tag — Werner, bereits zweimal bestraft, zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt.

4) Dem Hofbesitzer Collins zu Praust wurden im verflossenen Winter von einem am Gehöft stehenden Strohsack nachtlückerweise die Bunde Weizenstroh gestohlen, weshalb er den Wächter besonders darauf aufmerksam machte. In der Nacht zum 18. Dez. pr. wurde Herrn Collins die Anzeige gemacht, daß der Diebstahl sich wiederholt habe und derselbe begab sich mit dem Dorfsekretär nach dem Staden, woselbst auf dem frisch gefallenen Reif eine Fuß- und Halmspur deutlich wahrnehmbar war. Bei Verfolgung dieser Spur gelangten die Genannten vor die Wohnung des Arbeiter Johann

Michael Dettlaff in Praust und ermittelten im Ganzen 10 Bunde Weizenstroh, welche von dem Staden herrührten. Dettlaff will zwar das Stroh von vorüberfahrenden Knechten geschenkt erhalten haben, jedoch ist die Zeugenaussage so gravirend, daß seine Verurtheilung in Rücksicht seiner zweimaligen Vorbestrafungen zu 6 Monaten Gef., 1 Jahr Ehrv. u. Polizei-Auff. erfolgt.

5) Der Maurergeselle Bornaack war von dem Maurermeister Herrn Krüger beim Reparaturbau des Dienstgebäudes der hiesigen Privatbank beschäftigt und hat gefündlich eine Partie disponible gewordener Goldleisten im Werthe von 10 Sgr. sich unrechtmäßig angeeignet. Derselbe ist ferner angeklagt, mittelst Anwendung von Schlüsseln in die Wohnung des Kastellan Bardeck eingedrungen zu sein und denselben aus der Kommode 3 Thlr. entwendet zu haben. Bornaack bestreitet dies zwar, doch haben die Fußspuren und die benutzten Schlüsseln unweifelhaft dargethan, daß nur ein Maurer der Dieb gewesen sein konnte. Da Bornaack nicht nur in Rücksicht seiner Vorbestrafung, sondern auch wegen des Goldleisten Diebstahls, dem die ersten Ermittlungen anstellenden Polizeibeamten als der Verdächtigste erschien und er ihn zur Rückgabe des Geldes aufforderte, verstand sich Bornaack nach Aussage eines anderen Gesellen in dem Falle dazu, daß die Angelegenheit wegen der Goldleisten auch nicht zur Anzeige gelange. Bornaack wollte die 3 Thlr. in wöchentlichen Raten abtragen; als sein Meister aber den Vorfall erfuhr, entschädigte derselbe den Bestohlenen aus dem Lohne des Bornaack für voll. Trotz aller vorliegenden Indicien leugnet Bornaack den Gelddiebstahl und hat sogar eine Klage gegen seinen Meister angestrengt. Der hohe Gerichtshof gewinnt aber aus den Zeugenaussagen genügende Argumente von der Schuld des Angeklagten und verurtheilt denselben zu 6 Wochen Gef., 1 Jahr Ehrv. und Pol.-Aufficht.

6) Zwei Frauenzimmer, welche auf einer Industriereise den hiesigen Dominikmarkt unsicher gemacht, verschiedene Büdendiebstähle verübt haben und nur polnisch sprechen zu können vorgeben; sich auch erwiesenermaßen falsche Namen beigelegt, sollen auf Beschluß des Gerichtshofes photographirt werden, um mit Hilfe anderer Behörden deren Identität festzustellen. Die Zweifelhafte haben sich verheiratete Marianna Wierzbicki und unv. Barbara Knebelowski genannt; da aber die Recherche in ihrer angeblichen Heimath sie Küngen gekrafft hat, so haben sie sich einen andern, wahrscheinlich auch wieder unrichtigen Namen beigelegt.

[Stadttheater.] Verdi's „Troubadour“ ist hier bereits in den verschiedensten Darstellungs-Ausgaben erschienen, italienisch und deutsch, gut und mittelmäßig, immer aber findet diese Oper ein theilnehmendes Publikum. Die Titelpartie erfordert eine ungewöhnliche Stimmbravour und kann so zu sagen als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit eines Sängers betrachtet werden. Viele unterliegen gewöhnlich in den beiden letzten Akten der Anstrengung, die sie bereits für die ersten haben verwenden müssen. Nicht so Hr. Deutsch, Kraft, Ausdruck und Leben steigerte sich bei ihm mit der notwendigen inneren Steigerung der musikalisch-dramatischen Aufgabe und ohne Schwanzen, ohne Ermattung trug er seine Partie zu Ende. Wenn diesmal auch das Ständchen hinter der Scene im ersten Act nicht so unmittelbar zur Geltung kam, wie das bei vielen andern mir bekannten Sängern stets der Fall war, wenn auch selbst im Finale Herrn Deutsch's Manrico nur wenige besonders hervorragende Momente aufzuweisen hatte, so entfaltete sich doch weiterhin, schon im Duett mit Azucena, die volle Schönheit des Stimmorgans dieses Sängers und dessen auch in modernen italienischen Genre künstlerische Fertigkeit. Großen Beifall und Jubel erregte Herr Deutsch mit dem feurigen, die klangvolle Stimme in ihrem Glanze zeigenden Vortrag der Arie am Schluß des dritten Akts. Ganz besonders schön und künstlerisch werthvoll war Herrn Deutsch's Wiedergabe der letzten Scene der Oper. Herr Melius kann die Partei des Grafen Luna zu seinen besten zählen. Den tapfern, ritterlichen Grafen, den Mann der Courtoisie, den glühenden eifersüchtigen Anbeter und zuletzt den Rache übenden Mann, dies Alles brachte Hr. Melius in seiner Darstellung in frischkräftigem, glänzenden Colorit zur Geltung, indem er gelanglich die Partie in den großen schönen Duetten mit der Stärke und Tonfülle seines herrlichen Bariton und mit der Kunst des erprobten tüchtigen Sängers schmückte. Fr. Krall (Azucena) hatte mit Rücksicht darauf daß die Repräsentantin dieser Partie in letzter Saison sehr beliebt war, einen schwierigen Stand, doch befriedigte ihre Leistung bis auf den Mangel charakteristischer Darstellung, sowie nöthiger Kraft des Stimmorgans für Verdische Musik. Als gut gelungen bezeichnen wir das Duett mit Manrico im vierten Akte, welches Gefühlswärme und Ausdruck nicht vermissen ließ und den Beifall des Auditoriums nach sich zog. Fr. Rosetti (Leonore) that ihr Möglichstes, um den großen Anforderungen des Componisten gerecht zu werden. Die Wiedergabe der Cavatine „Ein unnenbares Sehnen“ und das Duett des vierten Aktes waren besonders anerkanntenswerthe Leistungen. Herr Fischer leistete als Ferrando Treffliches. W.

Briefkasten.

J. N. — Lob v. G. — Ztg. aufgegeben. — Herzl. Gruß.

Kleinere Mittheilungen.

Die Stadt Dresden hat bekanntlich die Ehre, das letzte illusionstrunkene Nationalfest gegeben zu haben (denn vor Wiederholungen werden uns die Erfahrungen von 1866 eine Weile schützen), mit 60,000 Thlr. Zuschuß aus städtischen Mitteln erkrankt, und man hielt die ganze Angelegenheit längst für erledigt. Jetzt erfahren wir, daß noch immer ein genauer Rechnungsnachweis verlangt wird, und ein thatsächlicher Abschluß nicht vorhanden ist.

— Viel Aufsehen in der wissenschaftlichen Welt machen die neuesten Untersuchungen des jenes Professors Hallier in Betreff des Zusammenhanges der Cholera mit dem Hefepilz. Die Hefe, dieser mikroskopische Pilz, tritt auf den verschiedensten Flüssigkeiten in sehr verschiedenen Formen auf, bald als wirkliche Hefe, bald in der sauren Milch, im Munde des Menschen, als Kruste bei Haut- und Haarkrankheiten u. f. w. Die verschiedenen Formen sind früher als verschiedene Pflanzen beschrieben worden; jetzt aber müssen sie nothwendig als die verschiedenen Formen eines Lebens-Cyklus, als Generationsformen betrachtet werden. Es ist nun Hallier gelungen, in den Cholera-Ausleerungen eine neue Form des Pilzes (kleine Kerne in eine größere Blase eingeschlossen) aufzufinden, welche nur bei einer höheren Temperatur (im Spätsommer, innerhalb des menschlichen Körpers, in Indien) zu bestehen und sich zu vermehren vermag; sie verlangt als Unterlage feuchte, stickstoffhaltige Materien, also gerade das, was sie im Darne des Menschen vorfindet und zerstört diese Materien sehr rasch (in der

